



Kantonales Integrationsprogramm KIP 2024-2027

Projektausschreibung «Politische Partizipation 2026»

Die Fachstelle für die Integration der Migrantinnen und Migranten und für Rassismusprävention (IMR) lanciert im Rahmen der Kampagne «Ihre Stimme zählt!» eine Projektausschreibung für Gemeinden, Vereine und Institutionen. Die Projektausschreibung ist Teil des kantonalen Integrationsprogramms 2024–2027 (KIP 3). Sie ergänzt die Hilfsmittel und Werkzeuge, die im Rahmen von «Ihre Stimme zählt!» zur Verfügung stehen.

Mit der Projektausschreibung sollen **konkrete Aktionen** unterstützt werden, mit denen die politische Partizipation der gesamten Freiburger Bevölkerung bei den Gemeindewahlen vom März 2026 gefördert wird. Im Besonderen soll die Unterstützung zudem an Projekte gehen, welche die Information und Partizipation von Menschen fördern, die keinen Schweizerpass besitzen, aber auf Gemeindeebene über das aktive und passive Wahlrecht verfügen, das heißt volljährige Personen mit einer C-Bewilligung, die seit mindestens 5 Jahren im Kanton Freiburg wohnen.

Da unsere Kampagne vom Programm «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» mitfinanziert wird, können auch Projekte unterstützt werden, die sich in einem breiteren Sinne, über das Stimm- und Wahlrecht hinaus mit politischer Partizipation befassen und im ersten Quartal 2026 durchgeführt werden.

Die Projekte müssen partizipativ sein und die Bedürfnisse, Ressourcen und Kompetenzen des Zielpublikums einbeziehen. Partnerschaften zwischen Gemeinden und Zivilgesellschaft werden besonders gefördert. Pro Projekt kann die IMR einen Maximalbeitrag von CHF 2'000.- leisten.

1. An wen richtet sich die Projektausschreibung?

An Vereine, Institutionen und Gemeinden, die ein Projekt im Bereich der politischen Partizipation konzipieren und durchführen möchten.

2. Hauptziele der Projektausschreibung

- > Über politische Rechte von Personen mit und ohne Schweizerpass informieren.
- > Die politische Partizipation der gesamten Freiburger Bevölkerung fördern, auf institutioneller oder informeller Ebene.
- > Partnerschaften von Gemeinden mit Vereinen bzw. Institutionen aus den Bereichen gesellschaftlicher Zusammenhalt, Migration, Integration und Bekämpfung von Diskriminierungen fördern.

3. Projektbeispiele

- > Organisation eines Infoabends zu politischer Partizipation und den Gemeindewahlen, zusammen mit einer Gemeinde oder Akteuren aus dem Vereinswesen.
- > Einrichtung eines physischen oder telefonischen Beratungsangebots für Fragen zu den Wahlen, in den Wochen vor dem 8. März 2026.
- > Organisation einer Gesprächsrunde mit Personen mit Migrationsgeschichte, die sich zur Wahl stellen.

4. Vergabekriterien

Für die Unterstützung muss ein Projekt die folgenden Kriterien erfüllen:

- > Die Trägerschaft ist ein Verein, eine Institution oder eine Gemeinde aus dem Kanton Freiburg. Anträge von Einzelpersonen sind nicht zulässig.
- > Es bezieht das Zielpublikum in die Entwicklung und Ausrichtung des Projekts ein.
- > Es ist niederschwellig, inklusiv und ist auf Nichtdiskriminierung gestützt.
- > Es bietet konkrete Aktivitäten im Kanton an und verfolgt keinen kommerziellen Zweck.
- > Es findet zwischen Januar und März 2026 statt.
- > Es sieht eine Kofinanzierung vor: Die Subventionen von Bund und Kanton dürfen 80 % des Gesamtbudgets nicht übersteigen. Die übrigen 20 % können zum Beispiel aus Freiwilligenarbeit, zur Verfügung gestellten Materialien und Räumlichkeiten oder Beiträgen von Gemeinden oder Stiftungen bestehen.

5. Wie ist der Unterstützungsantrag einzureichen?

- > Folgende Unterlagen müssen im Antragsdossier enthalten sein:
 - > das ausgefüllte Antragsformular «Politische Partizipation 2026»;
 - > ein Einzahlungsschein oder Kontonummer.
- > Das vollständige Dossier ist **bis 28. November 2025** einzusenden an: integration@fr.ch
- > Es besteht zudem die Möglichkeit, mit der IMR einen Termin für die Besprechung eines Projektkonzeptes zu vereinbaren.
- > Für Beratung oder Fragen: Lisa Wyss, IMR (lisa.wyss@fr.ch / 026 305 14 84).
- > Die Unterstützungsanträge werden von der IMR geprüft, gegebenenfalls gemeinsam mit der betroffenen Gemeinde.